

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Vols-Zentralrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz., 25 Pfg., Familienanz., 15 Pfg.,  
Vereinsanz., 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 79.

Berlin, Sonnabend, 1. Oktober 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Moabit. — Zeitgemäße Betrachtungen. — Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

### Moabit.

Der nordwestliche Stadtteil Berlins, Moabit, ist seit kurzem der Schauplatz von Ereignissen, wie sie glücklicherweise Berlin seit langem nicht erlebt hat. Mehrere Nächte hindurch haben dort heftige Straßenkämpfe stattgefunden zwischen einer vieltausendköpfigen Menschenmenge und der Polizei, die ebenfalls in großen Massen in jenem Stadtteil zusammengezogen worden ist. Hunderte von Menschen sind bei diesen Zusammenstößen verletzt worden, zum Teil sehr schwer, zahlreiche Verhaftungen mußten vorgenommen werden, und das gerichtliche Nachspiel, das sie haben werden, wird für die Betroffenen zweifellos noch recht schwere Folgen zeitigen. Der von den Kravallen betroffene Stadtteil macht den Eindruck eines Kriegsschauplatzes, wenn auch die Nachrichten, die hier und da in der Presse zu lesen sind, starke Uebertreibungen zeigen. Wenn da von Barrikadenbau gesprochen wird und von der Erstürmung einer Kirche, so sind derartige Nachrichten auf Sensationsjucht zurückzuführen. Trotzdem ist auch das, was sich in dieser Woche in Moabit zugetragen hat, wahrlich schlimm genug und durchaus geeignet, nicht nur in ganz Berlin die größte Aufregung zu erwecken, sondern auch den Ruf der Reichshauptstadt nach außen hin arg zu schädigen. Für die Auftritte in Moabit gibt es keine Entschuldigung; sie müssen auf das allerhöchste verurteilt werden. Mit dem Koalitionsrecht und seinem Schutze haben diese Straßenkämpfe nichts zu tun. Im Gegenteil, sie sind nur allzu sehr geeignet, das Koalitionsrecht der Arbeiter noch zu schmälern.

Die ersten Ursachen sind allerdings rein gewerkschaftlicher Natur. Bei der Kohlenfirma Kupfer u. Co. streifen seit einiger Zeit die Arbeiter. Zwischen ihnen und den Arbeitswilligen ist es mehrfach zu Auseinandersetzungen gekommen, denn die Ausständigen haben natürlich, wie es ihr Recht ist, Streikposten aufgestellt, die bemäht sind, die Arbeitswilligen über die Ursache des Streiks aufzuklären und sie zur Arbeitsüberlegung zu veranlassen. Bei solchen Auseinandersetzungen geht es bisweilen etwas lebhaft zu; hier und da kommt es auch zu Konflikten. Leider übt die Berliner Polizei in solchen Fällen die Praxis, sich mehr, als es wünschenswert ist, in die Dinge einzumischen. Ob in diesem Falle die Streikenden zu einer solchen Einmischung der Polizei Anlaß gegeben haben, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls sind wiederholt Schußleute eingeschritten, wie denn auch die Wagen der bestreikten Firma stets unter starker polizeilicher Bewachung standen.

Jedenfalls haben die Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen zu größeren Zusammenrottungen geführt. Es wurde mehr Polizei herbeigeordert; diese Schußmannsmengen wieder lodten Neugierige heran, und so bildeten sich, man möchte sagen, rein automatisch zwei Heere. Die Streikenden selbst haben, wenn sie überhaupt sich an den Vorgängen beteiligt haben, sicherlich nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Die Firma Kupfer beschäftigte ja überhaupt nicht einmal 150 Arbeiter, während die Massen viele Tausende zählten. Es ist also durchaus unangebracht, wenn in gewissen Zeitungsberichten immer von den Ausschreitungen der Streikenden gesprochen wird. Den kern dieser Ansammlungen bildeten zweifellos jene Elemente, die

man als den Janhagel der Großstadt zu bezeichnen pflegt. Solches Gesindel lauert nur auf Gelegenheiten, ihrer im Müßiggange angeammelten Kraft in Skandalen Luft zu machen. Wo etwas los ist, da sammeln sich diese Elemente an und geben die Ursache zu so schweren Konflikten, wie sie sich jetzt in Moabit abgepielt haben. Dazu gesellen sich dann noch halbwüchtige Burschen, die sich der Traqueute ihrer Handlungen nicht bewußt sind, ferner Neugierige, namentlich Frauen und Kinder. Da wird dann gebett, geschimpft und gebänselt. Die Schußleute, die doch auch Menschen sind, geraten auf diese Weise in immer größere Erregung, und bei dem ersten besten Anlaß kommt es zu Zusammenstößen. Es fließt Blut. Diejenigen, die solche Sachen schon öfter mitgemacht haben, verstehen es, sich schnell in Sicherheit zu bringen, und so kommt es denn, daß häufig Unschuldige am schwersten getroffen werden. Die Nachricht davon steigert naturgemäß die Erregung in der Menge, und die Folge ist, daß sich dann leider auch Elemente, die man sonst zu den Anständigen zählt, in ihrer Erregbarkeit fortreißen lassen und in eine solche Bewegung hineingeraten.

Die Polizei hat die Pflicht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Deshalb muß sie bei solchen Vorgängen, wie sie sich in Moabit zugetragen haben, mit aller Strenge vorgehen. Sie hat aber eben die Pflicht, Uebergriffe unbedingt zu vermeiden. Wer aber will hier entscheiden, wo die Grenze gezogen werden muß? Da wird aus der Masse mit Steinen geworfen und geschossen, aus den Fenstern werden alle möglichen Wurfgeschosse herabgeschleudert. Die Gaslaternen werden zerstört und ganze Straßenzüge in Dunkelheit gesetzt. In einer Kirche wirft man die kostbaren Fenster entwei, die vorbeifahrenden Straßenbahnwagen werden mit Steinen bombardiert. Soll denn die Polizei all das ruhig mit ansehen? Ist sie nicht vielmehr verpflichtet, dagegen mit aller Strenge einzuschreiten? Die gesamte Bürgerschaft hat ein Recht darauf, daß die Polizei energisch gegen alle diejenigen vorgeht, die sich an derartigen Exzessen beteiligen. Dazu darf sich niemand hinreißen lassen, mag er noch so sehr gereizt sein. Freilich soll damit nicht gesagt werden, daß die Polizei überall die erforderliche Mäßigung eingehalten hat. Wer will das in solchen Situationen überhaupt richtig beurteilen? Jedenfalls steht das fest, daß diejenigen, die an den Straßenkravallen irgendwie beteiligt gewesen sind, das Recht verwirkt haben, sich über Uebergriffe der Polizei zu beschweren.

Die Vorgänge in Moabit sind tief bedauerlich und in ihren Folgen noch gar nicht zu übersehen. Den streikenden Kohlenarbeitern wird jedenfalls dadurch der schlechteste Dienst erwiesen. Aber so mancher gesunde Mensch ist zum Krüppel geschlagen worden, mancher Unbescholtene, der in diesen Kämpfen zur Polizeiwache geführt worden ist, wird noch im Gefängnis schwer büßen müssen. Denn die Strafen für Landfriedensbruch sind sehr hart. Aufrichtig wünschen wir, daß diese armen Menschen milde Richter finden mögen. Aber auch für die organisierten Arbeiter sind vielleicht die Moabiter Ereignisse nicht ohne Folgen. Man lese nur einmal in der Scharfmacherpresse, in welcher unverantwortlichen Weise dort auf die Organisationen abgehört wird. Das war Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher, die sicherlich jede Gelegenheit benutzen werden, um diese Vorgänge als Truntpfeil gegen die Sicherung des Koalitionsrechtes auszuspielen. Und auch in politischer Beziehung besteht die große Gefahr, daß die Reaktion eine gehörige Rückenstärkung erhält. Deshalb sei auch von dieser Stelle aus die ernste Mahnung an alle verständigen Arbeiter gerichtet, sich von jenen Vorgängen fern-

zuhalten, ihnen aus dem Wege zu gehen, um nur ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als hätten diese besseren Elemente mit jenen bedauerlichen Ereignissen etwas zu tun.

### Zeitgemäße Betrachtungen.

Die Rede, die Kaiser Wilhelm II. unlängst in Königsberg gehalten hat, und seine Ermahnungen an die deutschen Frauen lassen erkennen, daß er dem Volke recht fremd gegenübersteht. Er fordert die Frauen zur stillen Arbeit im Hause auf, sieht die Hauptaufgabe der Frau in der Erziehung der jungen Generation und verwirft das Versammlungs- und Vereinswesen. Offenbar ist der Kaiser vollständig falsch berichtet über die Ursachen, welche die Frauen in das Erwerbsleben hineintreiben; sonst hätte er nicht so sprechen können.

Die deutsche Frau hat überall und zu allen Zeiten neben dem Kochen und dem Kindererziehen auch Werte geschaffen. Sie hat den Flachs gesponnen, das Tuch gewebt, hat das meiste, was im Hause gebraucht wurde, wie Licht, Seife, selbst hergestellt, das Brot selbst gebacken, die Kleidung selbst angefertigt usw. Frauen und Töchter hatten in früheren Zeiten vollauf Arbeit im Hause. Das Maschinenzeitalter hat aber eine gründliche Umwandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse bewirkt und der Frau viele dieser Arbeiten im Hause weggenommen. Gleichzeitig aber wurde die Arbeit der Frau außer dem Hause zur Notwendigkeit. Und würde sich diese Arbeit in gewissen Grenzen halten, so daß die Frau neben ihrer Erwerbstätigkeit auch ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter gerecht werden könnte, so wäre gar nichts dagegen einzuwenden. Leider aber ist dies nicht der Fall. Denn dadurch, daß die Frau ihre Arbeit im Hause vertauscht hat mit der Arbeit außer dem Hause, ist sie noch kein anderes Wesen geworden. Der größte Fehler, der gleich am Anfang gemacht wurde, war der, daß zwischen der verheirateten Frau und der unverheirateten kein Unterschied gemacht wurde in den Arbeitsbedingungen. Die unverheiratete Frau kann sich voll und ganz einem Beruf widmen; ja sie sucht zum Teil Ersatz in dem Beruf für Familien- und Mutterglück. Sie ist anders zu verdamnen als die verheiratete Frau und Mutter einer zahlreichen Familie. Das wird immer und immer zu wenig berücksichtigt. Mutterchaft und Beruf im Sinne der Frauenrechtlerinnen zu verbinden, ist unmöglich, ohne daß eines oder das andere, meist aber beides, Schaden leidet. Das zeigt die Praxis des Lebens alle Tage. Wer es nicht glaubt, der gehe doch hinein in solche Haushaltungen, wo die Mutter den ganzen Tag außerhalb des Hauses arbeitet. Da fehlt Behaglichkeit und Sauberkeit, da fehlt das fröhliche, sorglose Lachen der Kinder. Und wenn auch nicht jeder Mann lieber die Kneipe aufsucht als eine Hauslichkeit, die das sorgfältige Walten der Hausfrau vermissen läßt, so ist er doch misantropisch und unzufrieden; denn er hatte sich sein Heim anders gedacht. Ob es in bürgerlichen Kreisen besser ist, wo die ganze Hauswirtschaft den Dienstboten überlassen bleibt, wenn die Frau Aertin, Beamtin usw. ist, mag dahingestellt sein. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, uns damit zu befassen. Tatsache ist jedenfalls, daß auch geistig hochstehende und gebildete Frauen, die im Berufsleben stehen, sich zu der Ansicht durchgerungen haben, daß Mutterchaft und Beruf nicht zu verbinden sind.

Wie sehr aber die Frau aus dem Volke bestrebt ist, das Familienleben zu erhalten, beweisen die Hunderttausende von Heimarbeiterinnen. Für Hungerlöhne mühen sie sich die Nächte hindurch ab, um nur ja im Hause bleiben zu können. Viel besser ist es freilich auch hier nicht bestellt um das

traute Heim. Weistenteils müssen hier auch noch die Kinder mitarbeiten, oft bis in die späte Nacht hinein.

Diese Frauen aber, die die stille Arbeit im Hause vorgehen nach des Kaisers Wunsch, man will sie nicht in die Krankenversicherung gleich den Arbeiterinnen in den Fabriken aufnehmen. Und wie steht es mit den Witwen? Glaubt der Kaiser vielleicht, mit diesen kläglichen Renten, wie sie in der neuen Reichsversicherungsordnung vorgesehen sind, kann die Witwe sich auf die stille Arbeit im Hause beschränken? Besser gar keine Rente, als solche Bettelpennige! Damit wird der Witwe der schwere Gang zum Armenamt nicht erspart, sondern nur noch mehr erschwert. Noch weniger aber wird ihr erspart das Arbeiten außer dem Hause.

Und die Folgen dieser aufreißenden Tätigkeit der Frauen im gewerblichen Leben? Alle Krankenkassen klagen über die starke Belastung durch die Frauen. Dabei tragen viele Hunderte von Frauen ihr Leben still und verdammt, bis Hilfe zu spät ist. Wenn man aber hinein geht in die Kliniken und Krankenhäuser und fragt, was die Grundursache der vielen Frauenleiden ist, so wird in 9 von 10 Fällen die Antwort sein: Unterernährung und Überanstrengung.

Daß darunter auch der Nachwuchs leidet, ist klar. Ein erschreckendes Bild gibt der Bericht der Berliner Schulärzte. 9,5 vom Hundert Kinder mußten wegen Mangels an körperlichen und geistigen Qualitäten vom Schulbesuch ferngehalten werden. Die meisten der Sechsjährigen litten an Blutarmut, die durch Unterernährung hervorgerufen war, fast ebensoviel an Rachitis; ein großer Teil war geistig minderwertig. Von 228 455 Schülern, die im letzten Jahre unter Beobachtung standen, mußten 456 den Nebenlassen für Schwachsinnige, 25 den Idiotenanstalten überwiesen werden; 1666 standen wegen Lungentuberkulose unter Beobachtung, und bei 332, die eingeschult werden sollten, wurde das tüchtige Leiden festgestellt. 25 vom Hundert aller Beobachteten oder etwa 59 000 waren mit Rückenverkrümmungen behaftet. Fürwahr, ein tieftrauriges Bild!

Man behauptet ganz sicher nicht zu viel, wenn man sagt, daß die Hauptursache dieses erschütternden Kinderlebens in dem Umfange zu suchen ist, daß die Mütter dieser unglücklichen Wesen oft weder Zeit noch Kenntnisse haben, ihre Kinder zu pflegen. Es ist der Segen der Erwerbstätigkeit der Frau.

Zur Verringerung dieses Elends sind vor allem folgende Forderungen zu erheben: 1. die Einführung obligatorischer Haushaltungsschulen, 2. Halbtagsschichten für verheiratete Frauen in den Fabriken, 3. Schutz der Heimarbeiterinnen, vor allem Anschluß an die Krankenversicherung, nicht an die Wandkrankenstellen, sondern, wie es sich für Industriearbeiterinnen gehört, an die Ortskrankenstellen. Vor allem aber ist notwendig, daß man Schritte tut, um die Lebensmittelpreise herabzusetzen, damit die Frau mit dem geringeren Lohn, den sie bei kürzerer Arbeitszeit hat, auch auskommen kann.

Der Kaiser sagte, man solle sich nicht ausleben auf Kosten anderer, sondern einzig und allein das Wohl des Vaterlandes im Auge haben. Haben „die Stützen von Thron und Altar“, die durch ihre unerlässliche Gabigkeit die Preise der allernotwendigsten Nahrungsmittel hinaufzutreiben bis zur erschütternden Höhe, vielleicht das Wohl des Vaterlandes im Auge? Sie sind es, die die deutsche Frau aus dem Volke hineintreiben in das Erwerbsleben, die sie zwingen, über ihre Kräfte zu arbeiten bei schlechter Nahrung. Sie tragen die Schuld, daß die Frauen ihre Kinder, ihr Heim vernachlässigen müssen. Sie reißen dem Menschen in unserer an Idealen ach! so armen Zeit die letzten aus der Brust: Vaterlandsliebe, Familiensinn und Mutterglück.

Und wenn sich Frauen und Mädchen zusammenschließen, um vereint zu kämpfen, daß es besser wird, dann hat der Kaiser noch Worte des Wortwurfs für sie.

Wir können die Maschinen nicht zertrümmern. die Fabriken verbrennen, wo Hunderttausende von Frauen ihren Unterhalt verdienen. Die Frau ist hinausgetrieben in die Doffentlichkeit; sie kann nicht mehr zurück zu Spinnrad und Sandwedelstuß. Deshalb muß sie sich im öffentlichen Leben auch den Platz erringen, der ihr gebührt. Die einzelne kann das nicht. Wären von den 9 Millionen Frauen, die im Erwerbsleben stehen, nur die Hälfte organisiert, wahrhaftig, es sollte nicht schwer fallen, den Kaiser zu überzeugen, wie bitter Unrecht er den deutschen Frauen tut.

Darum ist es notwendig, daß die Frauen Herausstreten aus ihrer Reserve, weniger jammern und mehr daran arbeiten, daß es besser wird. Die Frau ist sich viel zu wenig bewußt, daß sie, wenn auch nicht gleichartig, so doch gleichwertig und gleichberechtigt dem Manne

gegenüber ist. Alle denkenden Frauen sollen aber danach streben, daß diese Erkenntnis immer mehr Platz greift. Gleichwertig und gleichberechtigt nicht nur als berufstätige Frau, sondern auch als Gattin und Mutter! Fast alle Berufe sind der Frau erschlossen, darunter die für die Frauen allergeeignetesten. Der natürlichste und eigentümlichste aber, der Mutterberuf, wird ihr immer mehr verleidet und unmöglich gemacht.

Gebt dem Kinde die Mutter wieder! Wer das deutsche Volk lieb hat und an die Zukunft denkt, der helfe mit!  
Frau L. Berlin.

### □ Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs.

III.

Bringt der Nationalitätenkampf schon eine starke Zerspaltung, so besorgen das weitere die Klassengegensätze und die besonderen politischen Fragen. Natürlich ist nicht jede Nation eine einzige politische Partei. Es gibt z. B. unter den Deutschen genau wie bei uns Agrarier, Merkale, Christlich-Soziale, Freisinnige, Sozialdemokraten. Die mehr als 200 deutschen Abgeordneten in der Volkskammer des Reichsrats gehören zu zehn Parteigruppen. Die 516 Abgeordneten der Volkskammer zerfallen in 34 Parteigruppen, von denen einige freilich nur Einmännerparteien sind. Charakteristisch ist das Vorhandensein einer Parteigruppe von 3 Zionisten. Die hauptsächlich oder ganz deutschen Parteien haben Abgeordnete: Deutsche Fortschrittspartei 19, Deutsche Volkspartei 28, Verfassungstreuer Großgrundbesitz 19, Christlich-Soziale 96, Freilanddeutsche 13, Alldeutsche 5, Sozialdemokraten 87, Wille 5.

Geradezu riesenhaft sind die politischen Probleme, die aus all diesen Erscheinungen erwachsen. Ihnen gegenüber ist die reichsdeutsche Politik von fündlicher Einfachheit und Durchsichtigkeit. Um auch die Schwierigkeiten in etwas anzudeuten, mögen einige politische Hauptfragen kurz erörtert sein. „Zentralismus“ oder „Föderalismus“ ist ein wichtiges politisches Schlagwort. Es umschließt folgende Streitfragen: Die österreichisch-ungarische Monarchie ist kein Einheitsstaat. Oesterreich und Ungarn sind in Regierung und Parlament völlig getrennt. Die Kaiser haben durch Jahrhunderte hindurch versucht, Ungarn seine Selbständigkeit zu nehmen. 1867 kam es zum Ausgleich zwischen Monarchie und Parlament in Ungarn und mit Oesterreich. Dieser Ausgleich setzt den „Dualismus“ fest, d. h. Ungarn ist weder völlig selbständiger Staat, noch eine bloße Provinz. Da gibt es einerseits Angelegenheiten, die Oesterreich und Ungarn gemeinsam betreffen (Heer, auswärtige Politik, Münzwesen). Diese Dinge werden durch die „Delegationen“ vereinbart, d. h. eine Art Reichsparlament, das zur Hälfte vom österreichischen, zur Hälfte vom ungarischen Parlament alljährlich gewählt wird. Im Gegensatz dazu gibt es viele Fragen, die jedes Land völlig für sich regelt: Schulwesen, Kultuswesen, Eisenbahnen und Verkehr, Maßnahmswesen. Dazwischen liegen eine Reihe Angelegenheiten, die zwar jedes Land auch für sich getrennt beschließt, aber doch nach vorher gemeinsam vereinbarten Grundsätzen. Dazu gehört insbesondere die Handelspolitik.

Sowohl in Zis- wie in Transleithanien (die Weitha ist ein Fluß auf der Grenze zwischen Oesterreich und Ungarn) gibt es nun Parteien, die dies Verhältnis beider Staaten zueinander ändern möchten, nach der einen oder anderen Seite: Auf der einen Seite der Zentralismus, der Ungarn fester an Oesterreich fetten, ihm seine staatsrechtliche Selbständigkeit nehmen will (Reunion), andererseits wird von hüten und drüben eine völlige staatsrechtliche Trennung zwischen beiden Staaten erstrebt, die danach nur noch einen gemeinsamen Monarchen haben sollen (Personalunion). Die Deutschen Oesterreichs sind für letztere Lösung und viele gute Kenner österreichischer Politik nehmen an, daß das schließliche Ende des Kampfes zwischen Oesterreich und Ungarn die Personalunion sein werde.

Zentralismus und Föderalismus sind aber nicht nur Streitfragen zwischen Oesterreich und Ungarn. Sie greifen auch tief in den politischen und den Nationalitätenkampf Zisleithaniens ein. Auch Oesterreich für sich gesehen ist kein völliger Einheitsstaat. Es zerfällt in eine Reihe Einzelstaaten mit besonderen Landtagen. Sie haben einen gemeinsamen König, eben den Kaiser von Oesterreich, haben in Wien am Franzensring auch ein gemeinsames Parlament, den Reichsrat, mit Volkskammer und Herrenhaus. Aber die Landtage der Kronländer haben weitgehende Rechte. Fast alle Kulturfragen (Schulen, Gewerbeförderung usw.) werden in den Landtagen entschieden. Der Zentralismus, dem aus historischen und natürlichen

Gründen am meisten die Deutschen zuneigen, will den Landtagen Rechte entziehen und sie an die Zentralregierung nach Wien überweisen. Umgekehrt, die anderen Nationalitäten sind föderalistisch, wollen mehr Rechte der Zentralregierung entziehen und den Landtagen übertragen. Der Grund liegt nahe. Die Tschechen und die Polen z. B. sind föderalistisch, weil sie in den Landtagen Böhmens bzw. Galiziens die Mehrheit haben, während sie am Franzensring eine Minderheit sind, die gezwungen ist zu kompromittieren.

Wie dereinst die Nationalitätenkämpfe enden werden, ist eine andere politische Grundfrage. Soweit man heute sehen kann, dürfte vielleicht einmal eine Lösung auf folgender Grundlage zustande kommen: Oesterreich muß sich zu einem nationalen Bundesstaat entwickeln, d. h. die „historischen Individualitäten der Kronländer“ (Böhmen, Galizien, Mähren, Schlesien usw.) müssen zer schlagen werden. Aus ihnen heraus sind neue Bundesstaaten nach den einzelnen Nationen zu bilden. Also ein Staat der Deutschen, der Tschechen, der Polen usw. Diese bilden zusammen einen Bundesstaat unter allgemeinem Kaiser und Parlament, nach Art des Deutschen Reiches. Streifig ist wieder, wie diese Bundesstaaten zu bilden sind, nach dem „Territorialprinzip“ oder dem „Personalitätsprinzip“. Das erstere würde heißen: es werden die einzelnen Nationalitäten abgegrenzt. Jener Landesteil ist deutsches, jener tschechisches Gebiet usw. Aber wo bleiben dann die nationalen Minderheiten? Sie müssen untergehen, d. h. sich der Mehrheitsnation anschließen, antwortet der Anhänger des Territorialprinzips. Dies Bedenken hat das Personalitätsprinzip geboren. Es bedeutet: jeder Oesterreicher erklärt vor der Behörde, ob er als Deutscher, Tscheche, Pole usw. gelten will. Jede Nation hat ihre eigenen Behörden, ihre zum Teil eigenen Gesetze und Verwaltung usw. Wer sich zu einer Nation bekennt, unterwirft sich damit deren besonderer Gesetzgebung. So könnten alle Nationen durcheinander wohnen und wären doch staatsrechtlich getrennt. Es gäbe keine Minderheiten zu verlieren. Aber dafür würde die Landesverwaltung viel komplizierter, weil jede Nation überall Beamte, Schulen und Verwaltung haben müßte.

Jeder sieht schon aus diesen kurzen Umrisen, wie gewaltig schwierig alle politischen Fragen in Oesterreich sind. Nur wer diesen allgemeinen Ueberblick im Auge behält, kann auch Bedeutung und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung Oesterreichs verstehen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. September 1910.

Zur Reform des Arbeitsrechts hat am vergangenen Sonntag der erste Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei Schlesiens, an dem auch eine große Anzahl Reichstagsabgeordneter teilgenommen hat, nach eingehender Debatte eine Entschliebung angenommen, daß der Parteitag dem von dem Abg. Dr. Fleisch, Frankfurt angeregten Gedanken einer Reform des Arbeitsrechts sympathisch gegenübersteht und es deshalb für zweckmäßig hält, daß die auf dem Verbandstage der Deutschen Gewerkschaften im Anschluß an dieses Referat aufgestellten Grundsätze sobald wie möglich von Partei wegen eine eingehende Erörterung erfahren.

Wir sind über diese Entschliebung sehr erfreut. Hoffentlich wird dem Wunsche des schlesischen Parteitages auch Rechnung getragen. Aber selbstverständlich ist den Arbeitern mit der Erörterung der Grundsätze nicht gedient. Sie wollen Taten sehen und erwarten von jeder Partei, die Anspruch auf wahre Volksfreundlichkeit erhebt, auch die energische Vertretung der von Dr. Fleisch aufgestellten und von den Deutschen Gewerkschaften anerkannten Grundsätze.

25 Jahre sind es am heutigen 1. Oktober her, daß das Unfallversicherungsgezet für die in der Industrie beschäftigten Arbeiter in Kraft getreten ist. Ebenso lange währt die Tätigkeit der Berufs-genossenschaften, der Träger der Unfallversicherung. So mangelhaft auch selbst in ihrer heutigen Form die Unfallversicherung noch ist, so bedeutete ihre Einführung doch einen ungeheuren Schritt nach vorwärts. Denn unter der Herrschaft des Haftpflichtgesetzes war es den Arbeitern viel schwerer, wenn nicht gar unmöglich, ihre Schadenersatzansprüche durchzusetzen, namentlich da in Ver schulden des Unternehmers oder seines Beauftragten nachgewiesen werden mußte. Deshalb müssen auch die Arbeiter dieses Jubiläums gedenken mit dem Vor satz, so viel in ihren Kräften steht, darauf hinzuwirken, daß die vielen Gesetze, die den Unfallver-

ficherungsgelesen noch anhaften, möglichst befeitigt werden.

Die Berufsgenossenschaften veranstalten anlässlich dieses Gedenktages großartige Festlichkeiten. U. a. werden sie im Dienstgebäude des Reichsversicherungsamtes eine Wüste seines ersten Präsidenten Wödlfer aufstellen und in den Sitzungssälen das Bild jenes hochverdienten Mannes anbringen lassen.

**Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.** Bei der weiteren Beratung über die Berufsgenossenschaften wurde ein Antrag gestellt, daß die Genossenschaftsversammlungen aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter bestehen sollen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Zur Hebung des stark gesunkenen Kurswertes der Staatspapiere sollen in Zukunft die Berufsgenossenschaften gezwungen werden, ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reiches oder der Bundesstaaten anzulegen.

Die Dienstag-Sitzung brachte eine Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, in der gesagt wird, daß die Regierungen auf das Zustandekommen des ganzen Gesetzes noch in dieser Session großen Wert legen und sich mit der Abtrennung einzelner Teile nicht einverstanden erklären können. Offenbar ist diese Erklärung auf eine Prebnotiz zurückzuführen, daß die Reichsregierung von neuem mit einem Antrag an den Reichstag kommen werde, das Inkrafttreten der Hinterbliebenenversicherung nochmals zu vertagen.

Bei der Beratung über die Unfallverhütung wurde beantragt, daß für die Zukunft die entscheidenden Beschlüsse über die Unfallverhütungsvorschriften nicht mehr die Genossenschaftsversammlung, in der Arbeiter nicht vertreten sind, sondern der Vorstand der Berufsgenossenschaft zu fassen haben soll. Dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso wie ein anderer Antrag, nach welchem jedem Arbeiter auf Verlangen ein Exemplar der Unfallverhütungsvorschriften ausgehändigt und ein zweites Exemplar an der Betriebsstätte in zweifacher Weise angebracht werden soll. Auch der von polnischer Seite eingebrachte Antrag, daß den Arbeitern die Unfallverhütungsvorschriften in der Muttersprache zugänglich gemacht werden sollen, fand keine Mehrheit in der Kommission.

Beschlissen wurde, daß der Genossenschaftsvorstand unter Mitwirkung der Arbeitervertreter alljährlich Stellung zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten nehmen und die Maßnahmen anregen soll, die zur Verbesserung der Unfallverhütung geboten erscheinen.

Die Wahlen der Vertreter sollen nicht von den Ausschüssen der Versicherungsanstalten, sondern durch die Vertreter bei den Oberversicherungsämtern erfolgen. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft kann bestimmen, daß die Vertreter der Versicherten Knappschaftsälteste sein können und in diesem Falle von den Knappschaftsältesten gewählt werden müssen.

**Arbeiterbewegung.** Die Entscheidung im Werftarbeiterkampf ist noch nicht gefallen. Die am Montag in Berlin abgehaltenen Einigungsverhandlungen wurden am Mittwoch fortgesetzt und dann vertagt. Sie sollen in Hamburg weitergeführt werden. Die nächste Sitzung findet am 3. Oktober statt. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die angekündigte Aussperrung in der Metallindustrie zur Tatsache wird. — Bei Siemens u. Halske am Nonnendamm in Charlottenburg haben die Schloffer und Mechaniker die Arbeit niedergelegt, weil die Arbeiter der Meinung sind, daß die Firma die Vertrauensmänner maßregelt und entläßt. — In Brandenburg a. S. sind in den Expeditions-geschäften Differenzen ausgebrochen, so daß die Möbeltransportarbeiter in den Ausstand getreten sind, weil die Unternehmer jede Verhandlung abgelehnt haben. — Nach vierwöchigem Kampfe gelang es den Klempnern und Rohrlegern in Spandau, mit der Zinnung einen Tarifvertrag abzuschließen. — Der Streik der Caféhaukellner in Hamburg dauert unverändert fort. Die Caféhaukellner sind eifrig bemüht, aus anderen Großstädten, namentlich aus Berlin, Ersatz herbeizuschaffen. — Der Streik der Sajanarbeiter in Köln ist nach Bewilligung der Hauptforderungen beigelegt worden. — Da die in mehreren größeren Betrieben streikenden Textilarbeiter bis gestern ihre Kündigung nicht zurückgezogen, den Boykott über die betreffenden Fabriken nicht aufgehoben und die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, ist nunmehr in allen Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie sämtlichen Arbeitern zum 5. Oktober gekündigt worden. Ueber 25 000 Arbeiter sind davon betroffen.

Auf den Cambriantohlengruben in Südwales beschießen schon seit längerer Zeit Differenzen, die den Ausbruch eines großen Kampfes befürchten ließen. Unter den Bergleuten von Südwales hat nun eine Abstimmung stattgefunden, die sich zwar für eine Unterstufung der Arbeiter der Cambriantohlengruben, aber gegen einen Generalstreik ausgesprochen hat. Damit ist die größte Gefahr beigelegt, da man darauf rechnet, daß der Konflikt auf den Cambriantohlengruben beigelegt werden wird.

**Einen neuen Fall von Verbändler-Terrorismus** teilt der „Regulator“ aus Markranstädt mit. Unser Kollege J., welcher seit Pfingsten an dem Bau der Ueberlandzentrale arbeitete, wurde von seiten der Verbändler schon mehrmals gedrängt, ob er nicht zu ihnen übertreten wolle. Da jedoch unser Kollege nicht gewillt war, diesen Herren den Gefallen zu erweisen, sondern ihnen erklärte, daß er im Gewerbeverein bleibe und es nicht nötig habe, mit ihnen sich weiter darüber heranzuzusetzen, scheinen diese Arbeiter in große Sorge geraten zu sein und mußte nun etwas Großzügiges unternommen werden, um so unsern Kollegen den so überaus nötigen Respekt beizubringen. Und was haben nun diese modernen Organisierten Großzügiges geleistet? Sie wurden bei ihrem Kolleg vorstellig und erklärten, unser Kollege wäre nicht organisiert, trotzdem sie genau wußten, daß er Gewerbevereiner war; weiter verlangte sie, daß unser Kollege sofort in den Verband eintrete oder er müßte aufhören, andernfalls sie nicht mehr weiterarbeiten. Unser Kollege erklärte nun auf dem Bureau, daß er organisiert wäre im Gewerbeverein und deshalb es nicht für nötig halte, in den Verband einzutreten, worauf ihm erklärt wurde, dann müsse er leider entlassen werden.

Der Kollege, der dem „Regulator“ den Vorgang mitgeteilt hat, gibt zum Schluß seiner Entzündung darüber Ausdruck, daß Arbeiter, weil sie eine andere Gesinnung haben, auf Betreiben der sozialdemokratisch Organisierten entlassen werden. Jeder Mensch, der Gerechtigkeitsgefühl besitzt, müsse die brutale und niederträchtige Handlungsweise dieser Herren verabscheuen. Das ist wohl richtig. Die „Genossen“ aber pfeifen auf die Gerechtigkeit und finden darin, wie obiger Fall zeigt, leider Rückhalt bei den Unternehmern. Wenn diese nur den Herren Verbändlern gegenüber etwas mehr Rückgrat zeigten, dann würde sich diese Art des Terrorismus recht bald vermindern.

**Gleichzeitiger Bezug von Krankengeld und Anfallrente.** Unter dieser Ueberschrift brachte der Kollege Erlenz in Nr. 5-7 des „Gewerbeverein“ einen längeren Artikel, worin er nachwies, daß auf Grund der verschiedensten Gerichtsurteile die Krankenkassen laut § 25 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes verpflichtet sind, den durch einen Betriebsunfall erkrankten Mitgliedern auch nach Ablauf der dreizehnten Woche die statistischen Unterstufungen der Kasse (Zahlung des Krankengeldes usw.) zu gewähren. Da über die Auslegung des § 25 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes sowohl in der Literatur wie in der Rechtsprechung die Ansichten weit auseinandergehen, dürfte es von Interesse sein zu erfahren, wie sich das Landgericht Duisburg zu dieser Angelegenheit stellt.

Auf Veranlassung unseres dortigen Arbeiterssekretariats mußte ein Kollege, der infolge eines Betriebsunfalles länger als 13 Wochen erwerbsunfähig war, im März 1909 von der Betriebskrankenkasse der Duisburger Kupferhütte die Zahlung des Krankengeldes auch über die 13. Woche hinaus beantragt. Die Krankenkasse lehnte diesen Anspruch als unbegründet ab, mit der Motivierung, die Berufsgenossenschaft habe das Selbstverfahren übernommen; irgend welche Verpflichtungen ihrerseits beständen nicht mehr. Auf erfolgte Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde erkannte diese die Ansprüche des Kassennitgliedes als berechtigt an und verpflichtete die Kasse, auch über die dreizehnte Woche nach dem Eintritt des Unfalls die Kassenleistungen zu gewähren, insbesondere das Krankengeld zu zahlen.

Gegen diese Entscheidung beschritt der Vorstand der Kasse den ordentlichen Rechtsweg. Das Schöffengericht Duisburg, welches sich nunmehr mit der Sache zu befassen hatte, hob die Entscheidung der Aufsichtsbehörde auf und wies unser Mitglied mit seinen Ansprüchen an die Krankenkasse ab. Gegen dieses Urteil legten wir Berufung beim Landgericht Duisburg ein, das wiederum das Urteil des Schöffengerichts aufhob, in einer sehr eingehenden Begründung die Ansprüche unseres Kollegen S. als berechtigt anerkannte und die Krankenkasse verurteilte, dem S. auch über die dreizehnte Woche hinaus die statistischen Krankenkassenleistungen zu gewähren.

Nach fast 1½ Jahren ist dem Kollegen also sein Recht geworden. Das Urteil des Landgerichts Duisburg ist rechtskräftig, und die Krankenkasse hat auch bereits seit längerer Zeit das Krankengeld

ausgezahlt. Auch hier war es wieder der Gewerbeverein, der für die Krankenkassennmitglieder eine äußerst wichtige und prinzipielle Entscheidung des Landgerichts Duisburg herbeiführte. Öffentlich machen sich die Krankenkassennmitglieder des Duisburger Bezirks diese Entscheidung zunutze und verlangen, sobald sie durch einen Unfall länger als 13 Wochen krank feiern, daß ihnen die Krankenkassen auch nach dieser Zeit Krankengeld zahlen.

**Die Humboldt-Akademie** in Berlin hat jochen ihr Vorlesungsverzeichnis für das 4. Quartal 1910 verhängt. Die gebotenen Vorträge erstrecken sich auf alle Gebiete der Kunst und der Wissenschaften. Der Medizin und der Naturforschung, der Philosophie, Religionswissenschaft, der bildenden Kunst, der Musik und Literaturgeschichte sind zahlreiche Vortragsreihen gewidmet. Auch die Volks- und Länderkunde, sowie die Volkswirtschafts-, Staats- und Rechtslehre kommen zu ihrem Rechte. Außerdem ist eine große Reihe von Sprachkursen vorgesehen, welche die Einführung und Weiterbildung in vielen fremden Sprachen ermöglichen. Insgesamt führt das Programm 210 Vortragszyklen auf. Ferner finden noch einige wissenschaftliche Abende statt, zu denen jedermann freien Eintritt hat.

Das Schwierteiljahr beginnt am 9. Oktober und schließt Mitte Dezember, so daß jede Vorlesung 10 Stunden umfaßt. Nähere Einzelheiten sind aus dem Vorlesungsverzeichnis zu ersehen, das für 10 Bfg. in allen namhaften Buchhandlungen und Geschäften, sowie in folgenden Verkaufsbureaus der Humboldt-Akademie zu haben sind: Invalidentank, W. 64, Unter den Linden 24; Ernst Saase, Buchhandlung, W. 35, Potsdamerstr. 116a; Gieslische Buchhandlung, W. 8, Mohrenstr. 52; Kaufhaus des Westens, W. 50, Tauentzienstr. 21; Selmar Sahn, Buchhandlung, S. 14, Pringensstr. 54; Fröhliche Buchhandlung, N. 18, Randsbergerstraße 32; Sider, Buchhandlung, E. 54, Gipsstraße 18; Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, NW. 21, Lüderstr. 6; Franz Nethe, Alt-Moabit 123; Verein junger Kaufleute, SW. 19, Beuthstr. 20; Förster u. Menis, Charlottenburg, Kantstr. 14; C. Ulrich u. Co., Charlottenburg, Berlinerstraße 76; Paul Baumann, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 96-97.

### Gewerbevereins-Zeil.

**Breslau.** Der hiesige Ortsverband hat am 19. September in den Unionsfeställen eine allgemeine Mitgliederversammlung ab, zu welcher auch Gäste Zutritt hatten. Zweck der Veranstaltung war, die entstehenden und in gefälliger Form gehaltenen Artikel der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Presse zurückzugeben. Erster Redner war der Bezirksleiter, Kollege Köhner, der über die Ursache der Werftarbeiterbewegung sprach und eingehend die Vorgänge auf den Werften seit dem Jahre 1900 erläuterte. Er gab einen klaren Ueberblick über den Verlauf der jetzigen Bewegung und wies nach, wie schwer sich die „freien“ Gewerkschaften an der Arbeiterkraft verhängt haben, indem sie durch ihr anmaßendes Verhalten das Zustandekommen von Einigungsverhandlungen vereitelten. Nach ihm besprach der Bezirksleiter der Holzarbeiter, Kollege Renner, die Bewegung bei der Firma Steinway u. Sons in Hamburg. Er schilderte den Terrorismus, der auch in diesem Falle wieder von den „Genossen“ geübt worden ist und lieferte deutlich den Beweis, wie gerechtfertigt das Vorgehen der Gewerbevereinskollegen in Hamburg war. Die Bewegung der Brauereiarbeiter in der Schweiz erörterte Kollege Ruch vom Ortsverein der Brauer. Auch in diesem Falle mußte festgestellt werden, daß die „freien“ Gewerkschaften Andersdenkenden gegenüber den härtesten Terrorismus üben, der nicht schwach genug beurteilt werden kann.

Während des letzten Referats hatte sich eine Anzahl Verbändler eingefunden, unter ihnen auch der Beamte des Holzarbeiterverbandes, Seibold, der die Handlungsweise seiner Organisation im Falle Steinway u. Sons zu verteidigen suchte. Dem Kollegen Renner war es ein Leichtes, die Ausführungen des Gegners zu widerlegen. Nach weiterer Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 19. September cc in den Unionsfeställen tagende öffentliche Gewerbevereinsversammlung erhebt hiermit Protest gegen die einseitige, die gesamte deutsche Arbeiterkraft schädigende Stellungnahme der „freien“ Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie und die ihr angeschlossenen „freien“ Gewerkschaften verlangen von Staat und Kommune die der Arbeiterkraft im allgemeinen vorenthaltenen Rechte, wie Koalitionsfreiheit, volle Gleichberechtigung, Toleranz usw. Die Vorgänge der letzten Zeit, wie Werftarbeiterbewegung, der Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis in Hamburg, in Verbindung mit der veruchten Protosmachung der Gewerbevereiner bei Steinway u. Sons, die Brauereiarbeiterbewegung in der Schweiz beweisen aber das Gegenteil. Diese Vorgänge bezeugen eine sonderbare Logik und Auffassung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Die Versammelten sind sich bewußt, daß eine Wahrung der berechtigten Interessen der gesamten

